

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für
die 114. und 115. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, den 18. Mai 1960,
und Donnerstag, den 19. Mai 1960

I. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

Abgeordneter
Jahn (Marburg) Ist der Herr Bundesjustizminister der Ansicht, § 811 der Zivilprozeßordnung, in dem bestimmt wird, daß dem Schuldner bei einer Pfändung nur die Lebensmittel- und Hausbrandvorräte für vier Wochen zu belassen sind, entspreche noch heutigen Erfordernissen?

Kann der Herr Bundesjustizminister Angaben darüber machen, in welchem Umfange Pfändungen dieser sogenannten Haushaltsvorräte erfolgen?

Hält der Herr Bundesjustizminister eine Änderung dieser Vorschrift für erforderlich?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

Abgeordneter
Gewandt Ist der Bundesregierung bekannt, daß es der deutschen Flugzeugindustrie finanziell unmöglich ist, ihre aus eigener Initiative und mit eigenen finanziellen Aufwendungen entwickelten Flugzeuge in Serie zu nehmen?

Werden die seit Monaten geführten Verhandlungen wegen einer Hilfestellung des Bundes in absehbarer Zeit zu einem positiven Ergebnis führen?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Abgeordneter
Matthes Wann gedenkt die Bundesregierung die vor neun Monaten zerstörte Glasscheibe des Aquariums auf der Insel Helgoland wieder instandsetzen zu lassen, damit das berühmte Aquarium endlich wieder den Besuchern der Insel Helgoland zur Besichtigung freigegeben werden kann?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

Abgeordnete
**Frau Dr. Dr. h. c.
Lüders** Trifft es zu, daß Arbeiterinnen vom 15. Lebensjahr ab aus Italien, Spanien und Griechenland zur Arbeit in der deutschen Industrie angeworben werden?

Wenn ja, wie viele sind zur Zeit beschäftigt, welche Arbeitsbedingungen sind maßgebend, in wessen Händen liegt die Vermittlung und Betreuung, und zu welchen Arbeiten werden diese Arbeiterinnen herangezogen?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

Abgeordneter
**Schmitt-
Vockenhausen** Auf welche rechtliche Grundlage stützte sich eine Anweisung an rund 50 Postassistentenanwärter der Postschule Heusenstamm, am 29. April 1960 in ihrer Freizeit an einem Vortrag des Bezirksbeauftragten der Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise, Hans-Jürgen Eitner, teilzunehmen?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte

Abgeordneter
Rehs Ich frage die Bundesregierung, warum sie den in § 96 des Bundesvertriebenengesetzes vorgeschriebenen alljährlichen Bericht über das von ihr auf dem kulturellen Gebiet Veranlaßte bisher nicht erstattet hat und wann sie einen Bericht vorzulegen gedenkt.

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Familien- und Jugendfragen

Abgeordnete
**Frau Dr. Dr. h. c.
Lüders** Wie viele der in der Bundesrepublik lebenden Mischlingskinder sind in Heimen, wie viele in Familien untergebracht, und wie ist die persönliche und schulische Versorgung dieser Kinder sichergestellt?

VIII. Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

VIII. 1. Abgeordnete
Frau Korpeter Warum wurde im „Bulletin der Bundesregierung“ vom 4. Mai 1960 wohl die Rede des Bundestagspräsidenten, aber nicht die des Regierenden Bürgermeisters von Berlin vor den 750 000 für die Freiheit demonstrierenden Berlinern abgedruckt?

VIII. 2. Abgeordneter
Dr. Kohut In welcher Höhe und für welchen Zweck hat der Holländer Joop Zwart Gelder aus Haushaltsmitteln erhalten?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftlichen Besitz des Bundes

IX. 1. Abgeordneter
Cramer Billigt der Herr Bundesminister für wirtschaftlichen Besitz des Bundes die Einstellung der Oberfinanzdirektion Hannover, daß privater Grundbesitz, den der Fiskus mit einem

Bunker bebaut hat, dem Fiskus unentgeltlich zu überlassen ist, nachdem dieser den Bunker zerstört hat?

IX. 2. Abgeordneter
Gewandt

Ist es richtig, daß die bereits weitgehend vorbereitete Privatisierung der Vereinigten Tanklager und Transportmittel GmbH zurückgestellt werden soll?

Besteht die Absicht, durch Zukauf von Aktien der früheren Muttergesellschaft der Preussag — der Vereinigten Elektrizitäts- und Bergwerks AG — den Bundesanteil auf die Sperrminorität zu erhöhen?

X. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

X. 1. Abgeordneter
Dr. Mommer

Wie hätte sich nach Meinung der Bundesregierung der deutsche Generalkonsul in Istanbul bei einer Besprechung der Außenminister der drei Westmächte und der Bundesrepublik in seinen Räumen am 1. Mai 1960 verhalten müssen:

Hat sich der Generalkonsul richtig verhalten, als er das Bild Wilhelms II. im Kurierzimmer vorübergehend abstellte und das Wilhelms I. an seinem Platz beließ?

Hätte er beide Bilder den Blicken der Außenminister der verbündeten Staaten entziehen sollen?

Hätte neben dem Bildnis Kaiser Wilhelms I. auch das Kaiser Wilhelms II. hängenbleiben sollen?

Weiß die Bundesregierung, ob auch die Bilder von Reichs- und Bundespräsidenten das Generalkonsulat zieren?

X. 2. Abgeordneter
Wilhelm

Trifft es zu, daß die Bundesregierung seit einiger Zeit mit der französischen Regierung über eine deutsche Beteiligung an dem Privatsender „Europa eins“, der seinen Standort bei Saarbrücken hat, Verhandlungen führt und daß Vorentwürfe für den endgültigen Text des Vertrages zwischen Paris und Bonn bereits ausgefertigt sind?

X. 3. Abgeordneter
Bauer (Würzburg)

Welche Stellungnahme bezieht die Bundesregierung zu der Behauptung, umfangreicheres Aktenmaterial befinde sich über das Archiv des Document Center hinaus im Departmental Records Branch in Alexandria, Virginia (USA), bei der British Admyralty sowie den Archives Nationales in Paris und trifft es zu, daß Verhandlungen der Bundesregierung mit den Westmächten in Richtung auf eine Verwertung dieser Unterlagen nur in einigen Fällen zum Erfolg geführt haben, so daß deutschen Juristen und Historikern der Zugang zu diesen wichtigen Materialien bis heute verwehrt sei?

Wird die Bundesregierung sich besonders bemühen, auch in der Zukunft den deutschen Zugang zu diesen für die Zeitgeschichte so wichtigen Unterlagen zu ermöglichen?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- XI. 1. Abgeordneter
Junghans
- Billigt es der Herr Bundesinnenminister, daß die Beschäftigung in einer Unternehmung, deren Gesamtkapital sich in öffentlicher Hand befindet, nach § 16 des Bundesbesoldungsgesetzes dem öffentlichen Dienst gleichgestellt, andererseits diese Beschäftigung nach § 7 ATO dem öffentlichen Dienst nicht gleichgestellt wird?
- Was beabsichtigt der Herr Bundesinnenminister zu tun, um eine einheitliche Anwendung des Begriffs „Gleichstellung mit öffentlichem Dienst“ sowohl in den Gesetzen, Ausführungsbestimmungen und Verordnungen als auch in der praktischen Anwendung durch die Bundesbehörden zu sichern?
- XI. 2. Abgeordneter
Kramel
- Trifft es zu, und ist es der Bundesregierung bekannt, daß — nach Pressemitteilungen — bei Sammlungen caritativer Art von dem Gesamterlös nur 12 bis 15 v. H. dem Zweck der Sammlung zufließen, während rd. 85 bis 88 v. H. für Unkosten, Steuern und Gebühren verwendet werden?
- Wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diesen unmöglichen Zustand zu beseitigen?
- XI. 3. Abgeordneter
Bauer (Würzburg)
- Wie beurteilt die Bundesregierung das Problem der „Abwanderung“ aus dem öffentlichen Dienst und trifft es zu, daß man — insbesondere hinsichtlich der Steuerbeamten — von einer alarmierenden Abwanderung sprechen kann?

XII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

- XII. 1. Abgeordneter
**Schmidt
(Hamburg)**
- Aufgrund welchen Gesetzes beschlagnahmen Zollbeamte Bücher, die sich im Besitz von Reisenden befinden, die aus der sowjetisch besetzten Zone in die Bundesrepublik einreisen?
- Weshalb enthält die dem Reisenden übergebene Beschlagnahmeanzeige keine Rechtsmittelbelehrung?
- XII. 2. Abgeordneter
Kreitmeyer
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die für 2000 Arbeiter bestimmten Wasch- und Umkleieräume der Vereinigten Leichtmetallwerke Hannover, die seit Jahren nur noch von einem kleinen Nachkommando der britischen Streitkräfte in Anspruch genommen werden, freizubekommen?

- XII. 3. Abgeordneter
Rehs Ich frage die Bundesregierung, warum sie die Rechtsverordnung, die Näheres über die Erfüllung von Ansprüchen auf Hauptentschädigung neben der Weitergewährung von Unterhaltshilfe regeln soll (§ 278a Abs. 6 des Lastenausgleichsgesetzes), bisher nicht erlassen hat und wann sie diese Verordnung zu erlassen gedenkt.
- XII. 4. Abgeordneter
Rehs Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder nach ihrer Satzung berechtigt glaubt, die Kriegsschadenrente von ihren Renten in Abzug zu bringen, und ist die Bundesregierung der Auffassung, daß dieser Abzug trotz des Subsidiaritätscharakters der Kriegsschadenrente zulässig ist?

XIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verteidigung

- XIII. 1. Abgeordneter
Franke Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der Stadt Hannover mindestens 700 Krankbetten fehlen, um dem dringendsten Bedarf zu entsprechen, und ist ihr bekannt, daß das ehemalige Standortlazarett in der Eilenriede in Hannover mit ca. 450 Betten für die in Hannover stationierten britischen Soldaten und deren Angehörige mit Beschlag belegt ist und daß davon 300 und mehr Betten nicht in Anspruch genommen wurden bzw. werden?
- Ist darüber hinaus der Bundesregierung bekannt, daß durchschnittlich 150 Krankbetten in den der Allgemeinheit zur Verfügung stehenden Krankenhäusern in Hannover mit Angehörigen der Bundeswehr belegt sind?
- Ist die Bundesregierung bereit, durch Verhandlungen dafür zu sorgen, daß die 300 und mehr ungenutzten Krankbetten in der Eilenriede in Zukunft gegebenenfalls durch Angehörige der Bundeswehr belegt werden können und somit eine wirksame Entlastung der Krankbettennot in Hannover eintritt, oder ist die Bundesregierung bereit, durch entsprechende Finanzierung der Stadt Hannover zu helfen, um für die durch die Angehörigen der Bundeswehr in Anspruch genommenen Krankbetten Ersatzbeschaffung zu ermöglichen?
- XIII. 2. Abgeordneter
Dr. Bechert Soll durch die Versuche vom Februar 1960 und vorhergehende, bei denen Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten 7 Tage unter beschränkten Verhältnissen in „neu entwickelten Schutzanlagen“ von der Außenwelt abgeschlossen zugebracht haben, gezeigt werden, daß man einen Atomangriff mit modernen Waffen, z. B. Wasserstoffbomben, überstehen könne, wenn das auch mit einiger Unbequemlichkeit verbunden wäre?

- XIII. 3. Abgeordneter
Dr. Bechert
- Ist es richtig, daß in der Bundeswehr den Bundeswehrsoldaten gelehrt wird, sie brauchen sich nach einem Atomangriff nur für einige Minuten unter eine Zeltplane zu begeben, um gegen die Folgen radioaktiver Strahlung und Verseuchung geschützt zu sein?
- Womit will das Bundesverteidigungsministerium die irreführende Darstellung der Gefahren eines Atomangriffes rechtfertigen, wie sie in einem Bericht über das Manöver „Ulmer Spatz“ über den Rundfunk gegeben wurde?
- XIII. 4. Abgeordneter
Dr. Bechert
- Weshalb ist die Stationierung einer holländischen Raketeneinheit im Raume von Münster genehmigt worden, obwohl die holländische Regierung im gleichen Zusammenhang nach deutschen Pressemeldungen erklärt hat, bei der dichten Besiedlung Hollands könne sie die große Gefährdung nicht verantworten, der die holländische Zivilbevölkerung durch die Stationierung der Raketeneinheit in Holland ausgesetzt wäre?
- XIII. 5. Abgeordneter
Seuffert
- Wie stehen die Verhandlungen über die in der 201. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 4. April 1957 zugesagte Verlegung des Schießstandes in München-Freimann aus dem dortigen Wohngebiet, und welcher Termin kann für diese Verlegung nunmehr genannt werden?
- Was gedenkt das Bundesverteidigungsministerium zu tun, um in der Zwischenzeit die für die Umwohner unerträgliche Lärmbelästigung durch Übungen, insbesondere der amerikanischen Einheiten, wenigstens an Sonntagen, deutschen Feiertagen und zur Nachtzeit, möglichst auch an arbeitsfreien Samstagen, zu unterbinden?
- XIII. 6. Abgeordneter
Schneider
(Bremerhaven)
- Welche Auskunft hat der Herr Bundesverteidigungsminister von dem DGB-Vorsitzenden Richter in bezug auf den Beschluß der Delegierten des Gewerkschaftsjugendtages der IG Bergbau in Gelsenkirchen erhalten, die einen „Wehrbeitrag“ abgelehnt und sich für einseitige Kontakte mit der Bundeswehr ausgesprochen hatten, wonach zwar Gewerkschaftsvertreter bei der Bundeswehr, nicht aber Offiziere der Bundeswehr in Gewerkschaftsveranstaltungen sprechen dürfen?

XIV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

- XIV. 1. Abgeordneter
Bettgenhäuser
- Billigt es der Herr Bundesverkehrsminister, daß die Deutsche Bundesbahn bisher Eisenbahnbetriebszwecken dienende Grundstücke, die für die Bundesbahn entbehrlich, stattdessen aber für den Ausbau von Anlagen des Straßenverkehrs dringend benötigt werden,

- zurückhält bzw. da, wo es tatsächlich zur Abgabe an einen Straßenbulasträger kommt, bei der Ermittlung des Verkaufspreises den preismindernden Umstand früherer oder auch künftiger öffentlicher Verkehrswidmung der Fläche völlig außer acht läßt und von der reinen Fiktion ausgeht, als handele es sich hier um wirtschaftlich normal verwertbares Bauland?
- XIV. 2. Abgeordneter
Jahn (Marburg)
- Ist dem Herrn Bundesverkehrsminister bekannt, daß das Verfahren bei der Erteilung einer Güternahverkehrsgenehmigung unverhältnismäßig lange dauert? Ist ihm weiter bekannt, daß die Dauer des Verfahrens die Regelung plötzlich auftretender Notstände, z. B. bei der notwendigen Anlieferung von Milch, unmöglich macht?
- Ist der Herr Bundesverkehrsminister bereit, zur Behebung unvorhergesehener Sonderfälle dem Bundestag den Entwurf einer Gesetzesergänzung vorzulegen, wonach eine vorläufige Genehmigung erteilt werden kann?
- XIV. 3. Abgeordneter
Dürr
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung — z. B. durch ein Merkblatt —, um Ausländer an den Grenzübergängen auf die Besonderheiten des Straßenverkehrs in der Bundesrepublik (50-km-Beschränkung in Ortschaften, Hinweisschilder auf Stoppstraßen, Kreisverkehr) aufmerksam zu machen?
- XIV. 4. Abgeordneter
Leicht
- Welchen Stand hat die Planung des Ausbaues der B 10 von Karlsruhe bis Zweibrücken, insbesondere zwischen Karlsruhe und Landau, erreicht?
- Wann ist mit dem Beginn des Ausbaues der Ortsumgehung Kandel zu rechnen?
- XIV. 5. Abgeordneter
Walter
- Ist dem Herrn Bundesverkehrsminister bekannt, daß die Bundesstraße 83 in ihrem Teil südlich von Kassel bis zur Einmündung in die B 27 bei Bebra zahlreiche gefährliche Ortsdurchfahrten aufweist und insbesondere das Fehlen einer Ortsumgehungsstraße um die Gemeinde Altmorschen dazu führt, daß auf schienengleichem Übergang der Rangierbetrieb der Bundesbahn gekreuzt wird?
- XIV. 6. Abgeordneter
Walter
- Wie weit sind die Pläne für die neuzuschaffende und bereits seit etwa zwei Jahren in Planung befindliche Anschlußstelle Ostheim der Bundesautobahn Frankfurt—Kassel gediehen?

XIV. 7. Abgeordneter
Müller-Hermann Unter Bezugnahme auf einen Artikel des Herrn Bundesverkehrsministers in der Sudetendeutschen Zeitung vom 26. März 1960, in dem es eingangs heißt:

„Wir Sudetendeutsche sind es leider in den letzten Jahren gewöhnt, daß wir von Politikern unseres eigenen Volkes diffamiert werden, ohne daß wir sie oder die von ihnen vertretenen Parteien angegriffen hätten. Wir erinnern an die Ausfälle der Sozialdemokraten Dr. Otto Heinrich Greve und Prof. Dr. Carlo Schmidt, an den Freien Demokraten Willi Max Rademacher, an die Mitglieder der Christlich-Demokratischen Union Ernst Müller-Hermann und Dr. Gerd Bucerius. Es gehörten noch weitere Herren auf diese Liste. Aber ich will es damit genug sein lassen. Bemerkenswerterweise sind drei dieser Herren, nämlich die Herren Rademacher, Müller-Hermann und Bucerius, Mitglieder des Verkehrsausschusses des Bundestages und in dieser Beziehung nicht einig mit mir über die Verkehrspolitik.“

frage ich den Herrn Bundesverkehrsminister,

- a) worauf er seine Behauptung stützt, daß ich, der ich selbst Heimatvertriebener bin, bei irgendeiner Gelegenheit oder auch nur andeutungsweise die Sudetendeutschen oder ihn als Person und Sudetendeutschen diffamiert hätte,
- b) ob er die Auffassung vertritt, daß jede sachliche Meinungsverschiedenheit in der Verkehrspolitik mit ihm zugleich eine Diffamierung seiner Person bedeutet oder etwas mit seinem Sudetendeutschtum zu tun hat?

XIV. 8. Abgeordneter
Schmitt-Vockenhausen Wann ist mit dem Erlaß der in § 32 Nr. 1 des Luftverkehrsgesetzes in der Fassung vom 10. Januar 1959 vorgesehenen Rechtsverordnung über die Vermeidung übermäßiger Geräusche durch Luftfahrzeuge zu rechnen?

Bonn, den 14. Mai 1960